

# Streit ist noch nicht beigelegt

**Malsfeld (gmu).** Der Streit um die Planungsvergabe für das künftige Malsfelder Klärwerk ist noch nicht beigelegt – ungeachtet der Tatsache, daß die baureifen Pläne (siehe auch Bericht an anderer Stelle) in diesen Tagen den übergeordneten Behörden zur Genehmigung vorgelegt werden.

In der Gemeindevertretersitzung am Montagabend sollte Licht in das angebliche Dunkel des Vergabe-Verfahrens gebracht werden (die HNA berichtete mehrfach darüber). Während SPD und FDP – trotz möglicher Pannen – einen Schlußstrich gezogen wissen wollten, winkte die CDU ab: für sie war von „Klarheit“ noch keine Rede.

## „Kein Schaden“

„Alles auf den Tisch zu legen“ – das hatten im Vorfeld der jüngsten Sitzung SPD- und CDU-Fraktion gleichermaßen vom Gemeindevorstand gefordert, und nunmehr versuchte Bürgermeister Kurt Stöhr, zur Aufklärung beizutragen. Dabei spannte er den Bogen vom 8. Januar 1965 bis zum 12. März 1984, stellte geradezu minutiös alles das dar, was im Laufe dieser fast zwei Jahrzehnte in Sachen Kläranlage beschlossen, gefordert, gewünscht worden war, wollte sich aber letztlich nicht vor den Karren spannen lassen, daß – wie es die CDU vermutet – bei der endgültigen Planungsvergabe im vergangenen Jahr unrechtmäßig vorgegangen worden sei. Und er machte darauf aufmerksam, daß der Gemeinde und ihren Bürgern keinerlei Schaden entstanden sei – im Gegenteil sei viel Geld gespart worden.

In der Tat war man zunächst von 107 000 DM an Planungskosten ausgegangen, dann aber waren es nur noch 28 000 Mark. Wer wen wann und wie informiert habe, das wollte indes die CDU wissen, die sich dann auch an die Kommunalaufsicht beim Landrat des Schwalm-Eder-Kreises wandte wegen einer „verwaltungs- und baurechtlichen Aufklärung“.

## Keine Beanstandungen

Die Antwort indes, die nun auch von Bürgermeister Stöhr verlesen wurde, ergab ebenfalls keine Beanstandungen, wenngleich die CDU bemängelte, daß auf ihre insgesamt zwölf vorge-

brachten Punkte nur in wenigen Fällen eingegangen worden sei. Die Beschwerde der CDU verpuffte, denn sowohl der Bürgermeister als auch die SPD-Fraktion sahen sich in diesem Falle als die falsche Adresse an.

Es gab dann im Parlament wiederum einige harte Worte von allen Seiten, und Vorsitzender Gustav Müldner mußte eingreifen, doch die Sachlichkeit war dann einigermaßen schnell wieder hergestellt.

## „Sauber und gerade“

Die SPD, so deren Sprecher Fritz-Heinz Krause, habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß alles „sauber und gerade verlaufen“ sei. Jeder wolle nur das Beste, und man solle versuchen, vernünftig zu diskutieren, denn es gebe viel zu tun. Freilich räumte Krause später ein, daß der Gemeindevorstand den seinerzeitigen Beschluß der Gemeindevertretung hätte beanstanden müssen, und der habe „beschränkte Ausschreibung“ der Planungsvergabe geheißen.

Daß man von einer Ausschreibung ausgegangen sei, merkte auch Karl Brehm (FDP) an, fragte aber zugleich, ob es denn wirklich eine „Ausschreibung“ gewesen sei. Man habe viel Geld gespart, dabei aber durchaus Fehler gemacht, aus denen für die Zukunft gelernt werden müsse. Brehm forderte dazu auf, sich auf einen Nenner zu einigen, denn jetzt müsse an das Projekt selbst herangegangen werden.

Wilhelm Schwarzenau (SPD) meinte zur CDU gewandt, er habe nie so viel Polemik erlebt wie zu diesem Thema. Er appellierte an die Einsicht aller Gemeindevertreter, den Schlußstrich zu ziehen. Werde dem nicht so sein, „dann diskutieren wir eben weiter“.

## „Endgültig klären“

Hilmar Dobslaw und Karl Mihm (beide CDU) hatten mittlerweile noch einmal ihrer Verwunderung über den Verfahrensgang Luft gemacht und sich mit den bisherigen Erklärungen nicht zufrieden gegeben. Dobslaw: „Wir wollennichts im Raum stehen lassen“. Mihm: „Wir beharren nach wie vor auf einer endgültigen Klärung, ob eine beschränkte Ausschreibung erfolgt ist oder nicht“.